

mus wie auch anderer gesamtkirchlicher Dokumente sollte man keine Glaubenskriege führen. Im heutigen, nur noch sehr begrenzten Umfang gebraucht, hat das Latein in der Kirche den Geruch, aber auch den Charme des Altmodischen, Nichtangepaßten. Warum also nicht dabei bleiben, solange es nicht zu viele Verrenkungen erfordert? ru

Mediengerecht

Oder-Hochwasser führte zu einer Spendenflut

Bei so viel Begeisterung muß schon etwas Nachdenklichkeit wie Mißgunst und Miesmacherei erscheinen. Und die Begeisterung über die Welle der Hilfsbereitschaft und Solidarität, die mit den Hochwasserfluten im Oder-Neiße-Gebiet über Deutschland hinwegrollte, grenzte fast an Euphorie. Die Reden zum siebten Jahrestag der Deutschen Einheit haben dies erneut in Erinnerung gerufen. Politiker aller Couleur und Repräsentanten der unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen feierten unisono die vielen freiwilligen Helfer, den hohen persönlichen Einsatz der Angehörigen der Bundeswehr, vor allem aber die große bundesweite Spendenbereitschaft für die Opfer der Flutkatastrophe als beispiellosen Akt der Solidarität zwischen Deutschland-Ost und Deutschland-West.

Die Spendenbereitschaft war zweifellos beeindruckend. Nach Schätzung des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen sind auf die für die Hochwasserkatastrophe eingerichteten über 80 Spendenkonten etwa 100 Millionen Mark geflossen. Mit dieser beeindruckenden Summe wurden aber auch einige Trends bestätigt, die sich auf dem Spendenmarkt schon seit längerem abzeichnen, die gerade die Spendenwerber der großen Hilfswerke in Deutschland, auch die der kirchlichen, mit gewissen Sorgen erfüllen. Dabei geht es zunächst um die Rolle

der Medien im Spendengeschäft: Medienpräsenz entscheidet über Erfolg oder Mißerfolg von Hilfs- und Spendenaktionen. Dazu muß ein Problem, eine Notlage, das Schicksal von Personen oder Gruppen allererst zu einem Medienereignis werden. Pech hat, wem diese Öffentlichkeit verwehrt bleibt, sei es, daß seine Situation für einfache Bilder und Botschaften zu komplex ist, oder weil er einfach den mit der weltweiten medialen Vernetzung immer härter werdenden Konkurrenzkampf um den eigenen Nachrichtenwert verloren hat.

Immer mehr aber werden Verlage und Sendeanstalten überdies selbst zu Hauptakteuren im von immer mehr Initiativen und Organisation umgetriebenen Spendengeschehen. Für die traditionellen Hilfsorganisation vom Roten Kreuz bis zum Diakonischen Werk sind sie, geliebt oder nicht, unvermeidbare Partner. Die Fernseh-Gala am Samstagabend mit viel Prominenz aus Sport und Unterhaltungsbranche oder ein tränenreicher Spendenaufruf in Deutschlands beliebtester Boulevardzeitung bleiben in punkto Spendenakquisition unübertroffen. Die Spendenaktion selbst wird ebenfalls zum Medienereignis.

Damit bleibt für den Leser, Zuschauer oder -hörer ab einem gewissen Punkt kaum mehr zu durchschauen, ob da nicht manche Katastrophenmeldung „um der guten Sache willen“ womöglich übertrieben, ein Thema zwangsläufig zu Lasten anderer unangemessen präsent gehalten wird. Erst recht aber ist kaum noch zu unterscheiden, wo es um Eigenwerbung, konkret um Auflagensteigerung und Einschaltquoten, und wo es wirklich um die Hilfsbedürftigkeit der Opfer geht.

Dabei wäre es sicherlich nicht fair, allein den spendensammelnden Medien eine solche Vermischung von Imagepflege und selbstloser Hilfsbereitschaft zu unterstellen. So zeigten sich etwa nicht nur die Vertreter der etablierten Hilfsorganisationen überrascht und erstaunt, daß beim Oder-Hochwasser das Land Brandenburg selbst zur Sammelbüchse griff; galt bisher in Deutschland doch der Grundsatz:

Steuer dem Staat, freie Mittel den freien Trägern.

Gerade aber die Organisationen, die sich um Spenden für Entwicklungshilfe, zur strukturellen Bekämpfung von weltweiter Armut mühen, bekommen noch eine andere Entwicklung zu spüren: Es müssen nicht nur möglichst werbewirksame „Katastrophen“ sein, um das medial abgestumpfte Spenderherz, die Spenderbörse zu öffnen. Die „Katastrophe“ sollte auch möglichst nahe vor der eigenen Haustüre liegen. Analysen des DZI zum Spendenaufkommen in den letzten Jahren zeigten: Die Deutschen sind eifrige Spender, auch wenn das Spendenaufkommen auf hohem Niveau derzeit stagniert. Etwa 4 Milliarden spenden sie jährlich für humanitär-karitative Zwecke. Eindeutig aber ist der Trend, für Projekte und Aktionen im eigenen Land lieber und mehr zu spenden.

Vor diesem Hintergrund haben der Leiter von Caritas international, *Martin Salm*, und der Leiter des Referates Not- und Katastrophenhilfe der Auslandsabteilung des Deutschen Caritasverbandes, *Jürgen Lieser*, das Geschehen um das Hochwasser an der Oder bilanziert. Entschieden hatte Caritas international selbst mit dem Slogan „Flutopfern grenzenlos helfen“ um Spenden geworben und alle Spendenaufrufe immer zugleich auf Brandenburg, Tschechien und Polen bezogen. Nach eigenen Angaben kamen so durch Spendenaufrufe, gemeinsame Aktionen mit den Medien und durch eine Sonderkollekte der deutschen Bistümer rund 16 Millionen zusammen, wobei die Hilfsaktionen einzelner Kirchengemeinden, Caritaseinrichtungen und privater Gruppen nicht mitgerechnet sind.

In einem Interview mit KNA (1.10. 97) beklagte Salm jetzt, den Bürgern in Deutschland sei „ein sehr begrenztes Bild“ über das Ausmaß der Schäden in Deutschland und bei den östlichen Nachbarn vermittelt worden. Das habe nicht zuletzt dazu geführt, daß, verglichen mit der sehr viel größeren Not in Tschechien und Polen, sich in Brandenburg „sehr viele Hilfsorganisatio-

nen auf sehr wenige direkt Betroffene gestürzt“ hätten. Mit Blick auf Polen und Tschechien könne auch keinesfalls von einer „Spendenflut“ die Rede sein.

Eine besonders problematische Entwicklung, die sicherlich kein Einzelfall bleiben wird, greift Jürgen Lieser auf (in einem Beitrag für die Fachzeitschrift Caritas, Heft 10, 1997): Fernsehen und Zeitungen hätten beim Oder-Hochwasser auch nicht der Versuchung widerstanden, die Spenden selbst verteilen zu wollen, „möglichst vor laufender Kamera, medienwirksam und tränenrührig“. Lieser weiß dabei auch, daß eine solche Art der Vergabe, auf den einzelnen Spender besonders effektiv wirkt, weil schnell, unmittelbar und unbürokratisch.

Wenn die Hilfswerke gegenüber einer solchen Praxis aber auf ihre Kompetenz und Erfahrung pochen, die Notwendigkeit von Kontrollen, Überprüfung und eben auch eines Mindestmaßes an Bürokratie betonen, tun sie dies nicht aus Futterneid. Nur so ist gewährleistet, daß es beim Verteilen der Spenden einigermaßen *gerecht* zugeht. Gerechtigkeit ist aber nur dann gewährleistet, wenn nicht effektvolle Medienpräsenz, sondern wirkliche Bedürftigkeit im Vordergrund steht. fo

Bulányi durch die vatikanische Glaubenskongregation ruft ein ganzes Kapitel kirchlicher Geschichte in einem Land mit ehemals kommunistischer Herrschaft wieder in Erinnerung.

Der Konflikt um *Bulányi* entzündete sich Ende der 70er Jahre an dessen Haltung zur *Wehrdienstverweigerung*. Die vatikanische Ostpolitik hatte mit dazu beigetragen, daß in den Beziehungen zwischen dem ungarischen Staat und der katholischen Kirche nach und nach die Konfrontation durch den Dialog ersetzt wurde.

Für das alltägliche Miteinander im Lande selbst bedeutete dies, daß der Staat über weitreichende Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Kirche verfügte. Daß eine kirchliche Bewegung, obendrein eine neueren Typs und somit eine, auf die selbst die Kirche eher weniger unmittelbaren Einfluß besaß, die Befürwortung des Rechts auf Wehrdienstverweigerung auf ihre Fahnen schrieb, berührte eine für den Staat äußerst sensible Materie. *Bulányi* hatte unter kommunistischer Herrschaft bereits über zehn Jahre in Haft verbracht.

In den 80er Jahren drängte das Regime die Bischöfe, Maßnahmen gegen *Bulányi* zu ergreifen. Man hätte ihn gerne aus dem Lande verwiesen. Die Festschreibung einer moralischen Pflicht für Katholiken zur Ableistung des Wehrdienstes durch die Bischöfe – der Unterschied zur gesamtkirchlichen Sicht dieser Materie war offensichtlich – änderte an der Lage nichts Entscheidendes. Die Basisbewegung „Bokor“ („Quelle“) und *Bulányi* beharrten auf ihrer Position. Die für sie offenkundige Beeinflussung der Bischöfe durch das Regime war für die Basisbewegung eher ein zusätzlicher Grund, an der einmal eingenommenen Position in der Verweigerungsfrage festzuhalten. Der wiederholte Versuch, die Angelegenheit nach Rom abzuschieben, indem man ein Verfahren bei der Glaubenskongregation zur Lehrverurteilung anstrebte, führte zu keinem Ergebnis. Rom spielte nicht mit, auch wenn man *Bulányi* dort zum Gehorsam den ungarischen Bischöfen gegenüber aufforderte. 1985 legte man

Bulányi zwölf Konzilsaussagen zur Unterschrift vor. Unter Hinzufügung eines dreizehnten, das persönliche Gewissen betreffenden Punktes, erklärte dieser sich bereit zu unterschreiben. Die Bischöfe sahen jedoch damals in der Hinzufügung eine unannehmbare Relativierung des übrigen Textes. So blieb das Verbot jeder öffentlichen priesterlichen Tätigkeit, das die ungarischen Bischöfe 1982 gegen *Bulányi* verhängt hatten – es betraf nicht das Ausland – bestehen. Gesamtkirchlich wurde er nie suspendiert.

Eine bedeutende Veränderung der Sachlage bedeutete dagegen im Zuge der politischen Veränderungen nach 1990 eine Erklärung der Ungarischen Bischofskonferenz von 1992, in der diese sich – ganz im Sinne des Konzils – zum Recht auf Wehrdienstverweigerung bekannte. Spätestens seit dieser Zeit wurde auch bereits mit einer Beilegung des Falls *Bulányi* gerechnet. Insofern ist die jetzt erfolgte Rehabilitierung auch keine Überraschung, selbst wenn der Vorgang schon wegen der symbolischen Bedeutung des Falls für eine bestimmte Konstellation der ungarischen Kirche unter kommunistischer Herrschaft immer noch auf ein erhebliches internationales Interesse stößt.

Eine unmittelbare Folge der Entscheidung ist, daß *Bulányi* nun wieder ungehindert auch im eigenen Land als Priester wirken kann, selbst wenn dem schon aufgrund seines Alters nur mehr symbolische Bedeutung zukommt. Daß sich die Beziehungen zum ungarischen Episkopat von heute auf morgen entscheidend verbessern werden, steht nicht zu erwarten. Dafür spricht schon die Tatsache, daß auch jetzt noch die Lösung nicht von den ungarischen Bischöfen selbst kam, sondern von der Glaubenskongregation. Der Bischof von Szeged-Csanád, *Endre Gyulay*, gab *Bulányi* bereits via Medien zu verstehen, er solle keine öffentlichen Willkommensgesten erwarten. Grundlage der nun vollzogenen Lösung ist eine Vereinbarung, die inhaltlich derjenigen entspricht, die Mitte der 80er Jahre noch scheiterte. Bereits im Februar dieses Jahres wurde sie von *Bulányi* unterzeichnet. nt

Spät

Die Glaubenskongregation rehabilitierte György Bulányi

Hat der Vatikan nur wiedergutmacht, was er einst über seine Ostpolitik mit anrichtete? Oder ist der Vorgang eher ein Beispiel dafür, daß die Kirche eines Landes mitunter unfähig sein kann, einen inneren Konflikt zu lösen, und daß in einer solchen Situation eine gesamtkirchliche Institution aus einer unabhängigeren Position heraus eher in der Lage ist, den Knoten durchzuhaufen?

Beides könnte zutreffen. Die Nachricht von der vollen Rehabilitierung des ungarischen Piaristen *György*